

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementpreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Vorstände)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Percinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 102.

Berlin, Sonnabend, 21. Dezember 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Den deutschen Scharfmachern ins Stammbuch! — Fort mit der Neutralität! — Die Aufgaben der Ortsverbände. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Den deutschen Scharfmachern ins Stammbuch!

In dem deutschen Unternehmertum und besonders in der Großindustrie gibt es leider noch immer eine allerdings in der Abnahme befindliche Zahl von Leuten, denen die Organisation der Arbeiter ein Grauel und deswegen jedes Mittel willkommen ist, diesen Vereinigungen die Existenz zu erschweren oder zu unterbinden. Es sind das die Herrenmenschen, die von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsverhältnis nichts wissen wollen und demgemäß auch grundsätzliche Gegner der Tarifverträge sind. Leider ist der Einfluß der Elemente bei uns so stark, daß in diesen Großindustrien der Tarifgedanke sich noch nicht hat Bahn brechen können.

In andern Ländern denkt man über die Organisation der Arbeiter anders. In der vergangenen Woche hat der bekannte Sozialpolitiker Professor Brentano in München an der dortigen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Brief verlesen, den er von einem englischen Großindustriellen erhalten hat. Der Verfasser des Schreibens, Herr Alfred Mond, ist der Sohn eines Deutschen, der in väterlicher Obhut, in England anständig geworden ist und sich dort zu einem der größten Unternehmer emporgearbeitet hat. Der Brief, der in den „Süddeutschen Monatsheften“ erschienen wird, hat nach der „Frankf. Ztg.“ folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Professor Brentano!

Mit Vergnügen erfülle ich Ihnen Ihren Wunsch, Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung mitzuteilen. Ich bin ein Freund von Deutschland, wünsche Freundschaft zwischen England und Deutschland und bin der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefördert werden kann, als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völkern gemeinsam sind. So versichere ich Sie denn und alle die, welche diese meine Zeilen lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer (in Firma Brunner Mond u. Co. und andere) als auch als Parlamentarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt:

1. Daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkevereine beseitigen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Viele von den größten Industrien, so die Eisenbahnen, die Stahl- und Eisenindustrie, Baumwolle, Textil, Schiffbau, Zinnplatten, Dosen- und Transportarbeit, Kohlen- und andere Grubenarbeit usw. haben ihre Conciliations Boards, Arbitrationen oder Unions und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien beklagen sich die Arbeitgeber zu der Einseitigkeit, daß es sehr schwer wäre, für sie ohne die Arbeiterorganisationen auszukommen.

2. Daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzusetzen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkevereine als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. Daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerkevereine besagte Agitatoren und Streikführer zu erblicken, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen und demgemäß als der maßgebende Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. Daß die Vertragstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erledigung der Lohnkämpfe zugenommen hat und eine Abneigung bei den all-

organisierten Gewerkevereinen gar nicht, bei den neuen und schlechtorganisierten nicht öfter als bei den beteiligten Arbeitgebern vorkommt.

5. Daß man allgemein den kollektiven Arbeitsvertrag als die praktische Weisheit ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln; daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darauf ankommt, daß sie alle dieselben Löhne bezahlen als ob diese ein wenig höher oder niedriger sind; daß, obgleich Arbeitskämpfe vorkommen, viel mehr vermieden werden und ihre Regelung auf mehr dauernder Basis abgeschlossen werden kann.

6. Daß man dementsprechend, wo aus irgendeinem Grunde ein kollektiver Arbeitsvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Behörden festsetzen zu lassen.

7. Daß weder das englische Mutterland, noch die großen englischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gesetzlich, der kollektive Arbeitsvertrag eingeführt, oder seinen gesetzlichen Rechtsverbindlichkeit zugekannt ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Daß die Anzahl von Syndikalisten in England kaum unbedeutend ist; daß die Bewegung mehr in der Presse als unter den Arbeitern existiert; daß der ganze Gedankengang den englischen Arbeitern unheimlich ist und gegen ihren praktischen Sinn verläuft. Der englische Arbeiter ist vor allem Geschäftsmann, der Resultate in höherem Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen sehen will, und der für Theorien nichts übrig hat. Darüber sagt sehr treffend Herr James Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei im englischen Abgeordnetenhaus: „Syndicalism is simply playing at things; it opens the door to the worst form of reaction.“ (Der Syndikalismus ist eine einseitige Spielerei; er öffnet der Reaktion in ihrer schlimmsten Form Tür und Tor.“ Die Red.)

MacDonald spricht die Meinung der Führer der organisierten Arbeiter und der Gewerkevereine aus.

Ich erlaube Ihnen, von diesem Brief jeden Gebrauch in der Öffentlichkeit zu machen, der Ihnen gut scheint.

Mit herzlichem Grusse

Ihr ergebener

Alfred Mond.

Der Brief wird zweifellos weitest Kreise lebhaft interessieren und im Kampfe für den Tarifgedanken eine scharfe Waffe bilden. Einer oder der andere wird sich dadurch auch zu einer besseren Einsicht befehlen lassen. Daß allerdings Leute mit Anklagen, wie sie Dr. Tille vertreten hat, sich durch obige, auf praktischer Erfahrung beruhende Ausführungen eines besseren belehren lassen werden, darf wohl als ausserordentlich gelten.

Fort mit der Neutralität!

So schließt Vaitor Unquad einen Artikel in seinem „Evangel. Volksfreund“, in dem er sich offenbar Genugtuung verschaffen will für die Niederlagen, die er in letzter Zeit im Kampfe gegen die Deutschen Gewerkevereine erlitten hat. Wir haben uns mehrfach mit dem genannten Herrn beschäftigt, der neuerdings seine Aufgabe darin erblickt, die evangelischen Arbeitervereine Sadiens zum Tummelplatz der Agitation für die christlichen Gewerkschaften zu machen. Das widerspricht den dem Gesamtverbande der evangelischen Arbeitervereine aufgestellten Grundsätzen. Deshalb und Vaitor Unquad jetzt kurz und bündig den Nachweis zu liefern, daß diese Grundsätze falsch sind und über den Saufen geworfen werden müssen. Fort mit der Neutralität! heißt jetzt seine Losung. In politischer Beziehung wünscht er den Anschluß an die christlich-soziale Partei, obgleich im ganzen Königreich Sadien bei den letzten Reichstagswahlen auch nicht eine einzige Stimme für diese abgegeben worden ist. Aber auch mit der gewerkschaftlichen

Neutralität sollen die evangelischen Arbeitervereine Sadiens brechen und mit fliegenden Fahnen in das christliche Lager hinübergehen. Das müßten sie schon tun, um den deutschen Arbeitern im Kampfe gegen den römischen Babil zu Seite zu stehen“. Von den Kirch-Vorständen Gewerkevereine will der Herr nichts mehr wissen. „Aber hat er, wie er sagt, gerade in Svidau im Landesverband (Gewerkevereine, von denen er laien kann: Das sind prächtige Menschen, national und christlich geübte Arbeiter, mit denen wir sehr wohl zusammengehen können. Aber, so sagt er weiter, das sind nur einzelne Personen. Mit den Gewerkevereinen selbst jedoch können wir nichts zu tun haben, denn — man höre und traue, — in der Gewerkevereinspresse ist ein Artikel abgedruckt worden, der eine Gehässigkeit gegen die evangelische Kirche enthält. Gemeint ist damit ein Artikel im „Fabrik- und Handarbeiter“, der allgemeine Mißbilligung bei uns gefunden hat. Wie unglücklich ist doch der Herr Vaitor! Wenn auch die einzelnen Personen prächtige Menschen sind, so will er doch mit der Organisation derselben nichts zu tun haben, weil auf der andern Seite ein einzelner Mensch einmal sich eine Entgleisung hat zuzulassen konnten lassen.“

Wir Gewerkevereiner können ganz zufrieden sein, daß Herr Vaitor Unquad so offen sein wahres Gesicht jetzt gezeigt hat. Jetzt müssen wir wenigstens, daß wir in ihm einen Gegner erblicken müssen, den wir mit aller Mühe und Kraft bekämpfen können. Bisher hat er noch immer so getan, als wenn er nichts gegen uns hätte. Daß ihm der Schleier vom Gesicht gerissen worden ist, ist für uns nur von Vorteil.

Als Adjutant ist Herr Vaitor Unquad der frühere evangelische Arbeitersekretär Liebert zur Seite gebrungen, der in derselben Nummer des genannten Blattes ebenfalls für eine „reine Scheidung“ von den Kirch-Vorständen plädiert. Ihm hat es der in der „Weltdeutschen Post“ veröffentlichte Beschluß des evangelischen Arbeitervereins in Lipshadt angetan, den obligatorischen Bezug des „Evangel. Arbeiterboten“ aufzugeben, weil dieses Zentralorgan der evangelischen Arbeitervereine eine zeitlang eine recht unfreundliche Stellung den Deutschen Gewerkevereinen gegenüber eingenommen hatte. Dann aber wird auch wieder der bereits erwähnte Artikel aus dem „Fabrik- und Handarbeiter“ herangezogen. Darum fort mit den Kirch-Vorständen Gewerkevereinen!

Der Herr hat offenbar einen Vorwand gebraucht, um Herrn Vaitor Unquad Sandlangerdienste leisten zu können, und ist nun endlich auf jene „Befehle“ verfallen, die ja nicht neuesten Datums sind. Nun, auch Herrn Liebert können wir nur dankbar sein für die „reine Scheidung“, die er vollzogen hat. Wir wissen, was wir von ihm zu halten haben und werden mit ihm fertig werden.

Die Aufgaben der Ortsverbände

behandelt eine längere Zuschrift, die uns vor kurzem aus Sagan zugegangen ist. Wenn auch das meiste daran nicht neu ist, so wollen wir doch ihren wichtigsten Inhalt mit Rücksicht auf die noch bestehenden Vertreterwahlen zu den Ortsverbänden im Auszuge wiedergeben.

Wenn an manchen Orten, so heißt es in dem Schreiben, die Situation für unsere Organisation nicht so günstig ist, wie es zu wünschen wäre, so liegt das vielfach daran, daß zu wenig Verständnis für die Aufgaben der Ortsverbände vorhanden ist, wodurch bisweilen die ganze Kleinarbeit der einzelnen Ortsvereine illusorisch gemacht wird. Zum Teil liegt dies an den Ortsverbandsvertretern

selbst. Es ist grundsätzlich, wenn diese Vertreter sich einzig und allein nach den Vordritten richten, die ihnen von irgend einem Ortsvereinsgewaltigen gegeben werden. Solche unelbständigen Charaktere sind im Ortsverbande nicht an der richtigen Stelle. Jeder Vertreter muß selbst wissen, was er zu tun und zu lassen hat und im richtigen Augenblicke auch die richtige Entscheidung zu treffen verstehen. Häufig kommt es auch vor, daß die Ortsvereine die Bedeutung des Ortsverbandes unterschätzen und auf die Auswahl der Ortsverbandsvertreter nicht das nötige Gewicht legen. Auch das ist ein schwerer Fehler, der sich zum Schaden der Organisation bitter rächt, da die Aufgaben der Ortsverbände doch sehr wichtige und weitreichende sind.

Nicht überall können Sekretariate mit beauftragten Beamten eingerichtet werden. Da muß man aber wenigstens daran denken, eine Rechtsauskunftsstelle oder ein Rechtsauskunftsbüro zu schaffen. Dadurch haben nicht allein die Mitglieder Gelegenheit, sich bei Streitigkeiten mit ihren Arbeitgebern, in Krankheits-, Invaliden- und Unfallfällen und manchen andern Angelegenheiten Auskunft und Schutz zu holen, sondern wir gewinnen auch ein wichtiges Agitationsmittel, wenn auch Anders- und Nichtorganisierten Rat und Auskunft erteilt werden kann. Auch bezüglich der Regelung des Herbergswesens kann, wenn auch in manchen Orten Mithergütigkeiten geleistet wird, ein viel mehr Orten noch manches gedankt werden. Ebenso sind die Arbeitsvermittlung und der Arbeitsnachweis Dinge, denen in vielen Ortsverbänden noch zu wenig Bedeutung beigelegt wird.

Die Ortsverbände müssen aber auch dafür sorgen, daß in der Öffentlichkeit unserer Bewegung mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird. Dazu gibt es mancherlei Mittel: Durch einen bestimmten Vertrauensmann können der Gewerbeinspektion Beschwerden über Ungeheuerlichkeiten oder sanitäre Mängel in den Betrieben übermittelte werden. Die Frage der Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene muß ebenfalls vom Ortsverband in die Hand genommen werden. Bei Gewerbegerichtsverfahren, ebenso bei Gemeindevahlen muß alles aufgegeben werden, um für uns Erfolg zu erzielen. Das gilt insbesondere auch für die Wahlen zu den Ortskrankenkassen, bei denen wir geschloffen und schlagfertig vorgehen müssen. Denn die Vertreter der Ortskrankenkassen wählen den Vorstand; aber auf diesen Wahlen beruht schließlich die Zusammenlegung der sozialen Rechtsinstanzen für die gesamte Arbeiterversicherung. Auch schon deshalb haben wir ein Interesse an dem Ausfall dieser Wahlen, ganz abgesehen davon, daß man auch in der Öffentlichkeit von uns spricht und auf uns aufmerksam gemacht wird.

Unablässig müssen ferner die Ortsverbände sich die Aufklärung und Belehrung der Mitglieder angelegen sein lassen. Mehr als bisher müssen Diskussionsclubs gegründet werden, um in ihnen zielbewußte und überzeugte Vorkämpfer für unsere Ideen heranzubilden. Ferner darf die Jugendbewegung nicht so vernachlässigt werden, wie dies vielfach heute noch geschieht. Gerade gegen die Jugendorganisation sind hier und da Vorurteile vorhanden, die durchaus unberechtigt sind. Wir müssen danach trachten, uns einen guten Nachwuchs zu sichern. Wer dafür kein Verhältnis besitzt, der versteht die Zeichen der Zeit nicht.

Wenn wir im neuen Jahre gut vorwärts kommen wollen, dann dürfen wir nicht gleichgültig und gedankenlos sein, sondern müssen frisch Sand ans Werk legen, mit Worten und mit Taten. Zu tun gibt es genug für uns, denn das Meer der Unorganisierten ist noch sehr groß. Wir werden sie umso leichter für uns gewinnen, wenn wir überall darauf achten, daß die Berufstrennung streng durchgeführt wird. Nur dann sind wir imstande, die Interessen der Einzelnen richtig zu vertreten. Nur dann aber auch wird es uns möglich sein, für alle Berufsvereine ins Leben zu rufen. Aus einer Art Mitgliederhungers heraus wird in dieser Beziehung noch sehr viel geleistet. Der Ortsverbandsvorstand hat hier eine zwar schwierige, aber dankbare Aufgabe zu lösen.

Und dann noch eins! Schwere Kämpfe haben die Gewerbevereine zu jeder Zeit zu führen gehabt und noch zu führen. Wollen wir mit Ehren daraus hervorgehen, so müssen wir nicht nur mit unserer ganzen Persönlichkeit für unsere Sache eintreten, sondern auch Opfermut besitzen; denn zum Kriegführen gehört Geld. Die Ortsverbandsauschüsse müssen deshalb auch immer und immer wieder ermahnen, Lokalkassen zu gründen und auszubauen, eventuell auch eine eigene Verbandslokalität gründen, damit es nicht bei jeder Gelegenheit, wo man vorwärts kommen will, heißt: Es ist kein Geld da. Das ist so im wesentlichen der Inhalt der wohlgemeinten Aufschrift. Zweifellos wird die Be-

folgung der aufgestellten Grundzüge unserer Bewegung Vorteil bringen können. Es ist ja tatsächlich nicht überall der nötige Eifer in den Ortsverbänden vorhanden. Man verkennet sehr häufig die Größe der Aufgaben, die zu leisten sind. Vielleicht tragen deshalb obige Heilen mit dazu bei, daß man überall bei der Wahl der Vertreter zum Ortsverbande vorläufig ist und solche Kollegen wählt, die die Gewähr bieten, daß die Ortsverbände so ihre Pflicht tun, wie es das Wohl und das Gedeihen der Gesamtorganisation erfordert.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. Dezember 1912.

Ortsverbands- und Ortsvereinschriftführer!
Da die Nummer am nächsten Sonnabend des Weihnachtsfestes wegen ausfällt, ersuchen wir Anzeigen für den Verammlungsständer bis spätestens Montag Abend an die Redaktion gelangen zu lassen.

Mit einem häßlichen Mißklang endet das Jahr 1912, das ohnehin nicht viel Gutes gebracht hat. Die Jede Minister Abendach bei Mengebe i. B. ist wiederum der Schauplatz einer fürchterlichen Grubenkatastrophe gewesen, bei der zahllose brave Bergleute, meistens Familienväter, ihr Leben eingebüßt haben. Infolge einer Schlagwetterexplosion, deren Ursachen noch nicht genau festgestellt werden konnten, sind etwa 60 Bergleute verunglückt, von denen zur Stunde bereits 52 als Tote geborgen worden sind. Außerdem aber sind mehrere noch zum Teil sehr schwer Verletzte zu verzeichnen. Eine Unmenge von Schmerz und Elend ist durch diese schreckliche Katastrophe wieder über zahlreiche Bergmannsfamilien heraufbeschworen worden. Ein schlimmes Weihnachtsfest steht ihnen bevor. An der Bahre trauert mit den Hinterbliebenen die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Ob es jemals gelingen wird, die Ursachen dieses fürchterlichen Unglücks zu ergründen, erscheint zweifelhaft, da die Zeugen ja nicht mehr am Leben sind. Bei der Häufung solcher entsetzlichen Ereignisse wäre es aber wirklich an der Zeit, daß den in Bergarbeiterkreisen verbreiteten Wünschen auf verstärkten Schutz und Heranziehung von Arbeitern zur Grubenkontrolle endlich Rechnung getragen wird. Das System der Sicherheitsmänner, wie es heute besteht, genügt nicht.

Aus unserm Zentralverein der Kellner. Wenn wir einen Rückblick werfen auf das nahezu dreimonatige Weihen unserer jungen Organisation, so können wir wohl zufrieden sein, insofern was die Vergrößerung als auch den Ausbau anbetrifft. Was es hier und da noch hapert, so wird auf Grund der gemachte Erfahrungen Wandel geschaffen werden. Die Hauptfache ist, daß wir dem Kellner mehr und mehr die Erkenntnis beibringen, daß er sich organisieren muß, wenn er bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben will, und daß der Anschluß an unsere rein wirtschaftliche Organisation erfolgen muß, die auch deswegen für die Kellner am besten geeignet ist, weil diese im großen und ganzen durch ihre Tätigkeits- und den Verkehr mit dem Publikum national gefeint sind. Es fehlt nur hin und wieder daran, daß die Kollegen offen und rückhaltlos ihre Überzeugung bekennen. Dafür hat auch ein Vortag Jeanus abgeleat, der sich kürzlich in einem Berliner Restaurant zugetragen hat. Der Inhaber desselben hatte sich an unsern Arbeitsnachweis gewandt mit dem Ersuchen, ihm wie früher drei Kellner zu schicken. Wir konnten diesem Verlangen umomehr Rechnung tragen, als der Herr für die Kellner ein Monatsgehalt von 55 Mk. zu geben sich bereit erklärte. La steckte sich der sozialdemokratische Gastwirtsgehilfenverband dahinter, und verlangte, daß Teile von seinem Nachweis eingestellt würden. Leider fiel der Prinzipal um und zeigte sich geneigt, den Wünschen der gewerlichen Organisation Rechnung zu traagen. Infolgedessen waren unsere Kollegen nicht fest genug, sondern gaben den verbänderlichen Lösungen nach und traten zur gewerlichen Organisation über. So etwas kann es natürlich nicht geben. Wir brauchen überzeugungstreue Mitglieder, die unter allen Umständen fest zu unserer Sache halten. Bei dieser Gelegenheit aber sei gleichzeitig die Wahrheitsliebe des Gastwirtsgehilfenverbandes aufenzeichnet, der in der letzten Nummer seines Organs unsern Zentralverein zu einer Streikbrecherorganisation herabwürdigend will und unsere Kollegen als Wassermann'sche Gestalten bezeichnet. Wenn das wirklich Wassermann'sche Gestalten gewesen sind, warum hat sich dann der Verband so große Mühe gegeben, sie zu sich herüberzuziehen?

Wir wollen hoffen, daß derartige Vorgänge sich nicht wiederholen. Daß sie nicht ganz vermieden werden können, liegt daran, daß unsere Organisation noch jung ist. Es wird aber unablässig für Aufklärung der Mitglieder und für Vertiefung unseres Zentralvereins getorrt werden. Jeder muß natürlich seine Schuldigkeit tun. Die Agitation wird uns wesentlich erleichtert werden, da wir auch in den Gewerbevereinen künftig einen stärkeren Rückhalt finden werden; denn wie der Bericht über die letzte Zentralratsitzung zeigt, werden künftig die Gewerbevereine bei ihren Verhandlungen und Versammlungen dafür sorgen, daß sie von Kellnern bedient werden, die unserem Zentralverein angehören. Die Aussichten für unsere Sache sind gut. Möge ein jeder dazu beitragen, daß unsere Erwartungen in vollstem Maße erfüllt werden. In diesem Sinne allen Kollegen ein frohes Weihnachtsfest!

Ueber die Bergarbeiterlöhne im III. Quartal gibt eine im „Reichsanzeiger“ kürzlich veröffentlichte amtliche Statistik Auskunft, die sich allerdings nur auf die preussischen Hauptbergbaubezirke erstreckt, aber doch zwei Drittel der Gesamtbelegschaft des deutschen Bergbaus umfaßt. Nach dieser Statistik hat die Aufwärtseinkunft der Löhne im III. Quartal angehalten. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stellte sich der durchschnittliche Schichtlohn für die Gesamtbelegschaft auf 5,10 Mk. (5 Mk. im II. Quartal); der durchschnittliche Schichtlohn der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, d. h. der Sauer, die etwas über die Hälfte der Gesamtbelegschaft ausmachen, betrug 6,12 Mk. gegen 5,97 Mk. im II. Quartal. Der durchschnittliche Lohn ist also um 10 Pfg., der Lohn der Sauer um 15 Pfg. pro Schicht gestiegen. Die sonstigen unterirdischen Arbeiter hatten eine Lohnsteigerung um 5 Pfg., die Arbeiter über Tage um 1 Pfg. und die jugendlichen Arbeiter um 2 Pfg. pro Schicht zu verzeichnen. In Oberischlesien sind die Durchschnittslöhne vom II. zum III. Quartal von 3,64 Mk. auf 3,68 Mk. erhöht worden. Die Sauer erhielten 4,29 Mk. gegen 4,22 Mk., also 7 Pfg. pro Schicht mehr. Auf den staatlischen Gruben des Saarbezirks ist der Durchschnittslohn fast gleich geblieben; er beträgt 4,21 Mk., während der Schichtlohn für die Sauer um 3 Pfg., nämlich von 4,79 Mk. auf 4,82 Mk. gestiegen ist. Die Zahl der von einem Arbeiter durchschnittlich verfahrenen Schichten stellte sich im Dortmundbezirk auf 83 (77), in Oberischlesien auf 76 (70) und im Saarbezirk auf 77 (71).

Es kann sonach nicht bestritten werden, daß im allgemeinen sich das Einkommen der Bergarbeiter erhöht hat. Wenn man aber bedenkt, welche ungeheuren Profite für die Gruben erzielen, daß andererseits die Kosten für die Lebenshaltung ganz erheblich gestiegen sind, und daß beispielsweise für die Sauer der Höchstlohn des IV. Quartals 1907 noch nicht wieder erreicht ist, so wird man es verstehen können, daß die Bergarbeiter alles aufbieten, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern.

Arbeiterbewegung. Die Situation im Saarrevier läßt sich kurzum noch nicht genau übersehen. Die in dem christlich-ökonomischen Gewerbeverein der Bergarbeiter organisierten Bergleute haben die Kündigung eingereicht und auch Unorganisierte zu diesem Schritte zu bewegen vermocht, insofern etwa 30 000 Mitteilungen bereits eingegangen sind. Die im Revier stark vertretenen katholischen Hocharbeiter lehnen es ab, die Bewegung mitzumachen. Ob es am 2. Januar wirklich zum Streik kommt, ist noch ungewiß. Die Ausbeutung der Metallarbeiter in Wendens nimmt ihren Fortgang, da alle Einigungsversuche bisher vergeblich waren. -- Dagegen ist, wie bereits gemeldet, die Bewegung in den sächsisch-thüringischen Erzbergereien beendigt. In der Frage der Ueberstundenbezahlung, die den Hauptanlaß zu den Differenzen gegeben hatte, hat man den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen. Ueber die anderen Punkte soll eine Kommission der Arbeiter mit dem Fabrikantenrat inäter verhandeln. -- Ein eigenartiger Streik ist an der Universität Halle ausgebrochen. Die in höheren Semestern stehenden Mediziner weigern sich, die Vorlesungen weiter zu besuchen, wenn an die zahlreichen Ausländer nicht dieselben Privilegien betreffs der Vorbildung gestellt werden. Die deutschen Studenten fühlen sich dadurch benachteiligt, daß sie selbst erst ein Vorexamen ablegen müssen, von dem die Ausländer befreit sind. Alle Einigungsversuche sind bisher vergeblich gewesen. Die Bewegung hat sogar auf andere Universitäten übergegriffen.

Dr. Alexander Tille, Generalsekretär der südwestdeutschen Eisenindustriellen und Vorsitzender der Gewerkschaften in Saarbrücken, ist am Sonntag infolge eines Schlaganfalls plötzlich verstorben. Wir haben sehr oft Veranlassung gehabt, uns mit diesem Mann zu beschäftigen, der vielleicht der schärfste Gegner der Arbeiterorganisationen und ihrer Forderungen gewesen ist. Er war erzoogen in ständlichem Geiste und wies jede Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter weit von sich. Die Herrschaft des Unternehmers sollte nach seiner Meinung unantastbar sein; von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Betrieben wollte er absolut nichts wissen. Die Sozialpolitik bekämpfte er ebenfalls mit einem Eifer und einer Energie, die einer besseren Sache würdig gewesen wären. Dabei war es ihm möglich, durch seine nicht abulenkende außerordentliche Arbeitskraft und die Zähigkeit, mit der er für seine Anschauungen kämpfte, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auszuüben.

In der Öffentlichkeit hat Dr. Tille vielfach von sich reden gemacht. In früherer Erinnerung ist noch die Beleidigung, die er kürzlich den Organisations der Arbeiter zufügte, indem er sie als Gelehrten bezeichnete. Dann haben die Auseinandersetzungen zwischen Professor Brentano in München und ihm, die in allerhöchster Zeit durch einen Prozeß ihren Abluß finden sollten, seinen Namen häufig in die Öffentlichkeit gebracht. Politisch gehörte er früher zur nationalliberalen Partei. Aber selbst dieser ging Dr. Tille in seinen sachmacherschen Ansichten zu weit, so daß sie sich schließlich von ihm losriss. Die Organisationen der Arbeiter haben keine Veranlassung, dem Verstorbenen ein freundliches Andenken zu bewahren.

Eine Vermehrung der Fideikommissionen ist auch in Bayern zu beobachten. In dortigen Zeitungen waren Anfang dieses Monats folgende Mitteilungen zu lesen:

Der Reichsrat Kommerzienrat v. Fink in München hat, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, ein Familienfideikommiß errichtet, dem eine große Anzahl von Grundstücken in den Amtsgerichtsbezirken München und Oberberg einverleibt sind. — Der Reichsrat des Postamtes in Bonn, darunter 100 Tagewerk schöner Wald, hat die Witwe des Posthalters und Landtagsabgeordneten Wagner an den Baron Büdingen-Oswille verkauft. — Auch das Kreisrichter-Amt in Schlacht, Post Bonn, hat Baron Büdingen käuflich erworben. — Der Schulbesitzer Freiherr v. v. Schwenk in Goggen bei Rittersfeld (Rheinl.) hat sein Besitztum, bestehend aus dem Schloß mit großen Geseonniegebäuden in Goggen, zwei Anwesen in Diefenbach und etwa 600 Tagewerk Acker, Wiesen und Wäldungen usw., ebenfalls in ein Fideikommiß umgewandelt. — Graf Maximilian von Arco-Ellenstein besitzt den Fideikommiß der Grafen von Arco-Ellenstein neudorf, Dornach, Eichendorf und Geringendorf ein. Es sind dies 6,682 Hektar Haus- und Gartengrund, 2,152 Hektar Wald, 6,258 Hektar Wiesen, 11,792 Hektar Ackergrund und 0,237 Hektar Obungen und Gestrüpp.

Anstatt eine segensreiche innere Kolonisation durch Zerfleinerung der großen Güter und Anweisung von Bauern zu treiben, ist man eifrig am Werke, die großen Güter immer noch größer zu machen. Die bayrische Regierung hätte wirklich allen Anlaß, derartigen Betreibungen ganz entschieden entgegenzutreten.

Die Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangeestellten beleuchtet eine im Februar v. J. von der Abteilung für Arbeiterstatistik des mütterlich zuträulichen Amtes vorgenommene Erhebung, von der 274 Betriebe mit 10,988 Angestellten, d. h. etwa 30 Proz. aller erfaßt wurden. Da die Fragebogen in gleicher Zahl in Großstädten, Mittelstädten und Kleinstädten zur Verteilung gelangten, so sind natürlich die Verhältnisse in den Großstädten etwas zu kurz gekommen. Trotzdem erhält man ungefähr einen Heberblick über die Bedingungen, unter denen die Rechtsanwaltsangeestellten arbeiten. Nach dem Ausgange, den die „Soz. Prar.“ über die Erhebung veröffentlicht, kamen auf jeden Betrieb durchschnittlich 4 Angestellte. Fast jeder sechste Angestellte war weiblichen Geschlechts. In den Großstädten muß die Durchschnittszahl erheblich vergrößert werden. Aber auch das Geschlechtsverhältnis ist in Süd- und Westdeutschland völlig anders als in Norddeutschland. Waren doch beispielsweise in München 52,7 Proz. aller Angestellten weiblich. Ueberaus weit verbreitet ist die Lehrlingszuchterei. Von 1290 Betrieben, in denen Lehrlinge beschäftigt wurden, bestand bei 77,8 Prozent mehr als ein Drittel des Personals aus Lehrlingen, bei 17,8 Proz. sogar mehr als die Hälfte. Dieses Mißverhältnis bewirkt, daß die

Lehrlinge nur eine mangelhafte Ausbildung erhalten, daß aber auch infolge des dadurch hervorgerufenen starken Anstrebens von Arbeitskräften später noch eine weitere Verschlechterung der ohnehin sehr miffliehen Verhältnisse herbeigeführt wird.

Was die Arbeitszeit anbetrifft, so ist diese für die jugendlichen Personen wenig günstig. Fast 70 Prozent der männlichen Lehrlinge und 50 Proz. der weiblichen Angestellten unter 16 Jahren arbeiten länger als 10 Stunden täglich einschließlich der Pausen. Nach Abzug der Pausen beträgt die tägliche Arbeitszeit aller Angestellten im Durchschnitt für 18,6 Proz. 7-8 Stunden, für 44,9 Proz. 8-9 Stunden und für 3,1 Proz. 9-11 Stunden. In Berlin hat noch ein, wenn auch nur kleiner Bruchteil über Arbeitszeiten von 11-12 Stunden zu klagen. Sonntagsarbeit hatten 15,1 Proz. zu leisten, am häufigsten bis zu 2 Stunden. Einen Einblick bedeutet die weite Verbreitung der Urlaubsgewährung. Fast 85 Proz. der Angestellten hatten alljährlich einen Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts, darunter 55,1 Proz. bis zu 11 Tagen, 3,5 Proz. (in Berlin sogar 12,5 Proz.) über 3 Wochen. In Frankreichs ist die Gewährung des Gehalts, meist ohne Anrechnung des Krankengeldes üblich, ohne daß in der Regel feste Abmachungen darüber getroffen werden.

Ueber die Gehaltsverhältnisse, die recht ungünstig sind, gibt die Statistik leider keine Auskunft. Man erzählt nur, daß die Lohnzahlung in neun Zehnteln aller Fälle monatlich, in 7,6 Proz. vierzehntäglich, sonst vierteljährlich stattfindet. Entsprechend sind auch die Kündigungsverhältnisse geregelt.

Nach alledem ist die Lage der Rechtsanwaltsangeestellten durchaus verbesserungsbedürftig. Wandel können sie nur schaffen durch eine starke Organisation, die ohne jedes politische oder religiöse Ziel lediglich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen im Auge hat. Das sind einzig und allein die Deutschen Gewerksvereine.

Die geistliche Neuregelung der Kinderarbeit ist in Ungarn in letzter Zeit mehrfach erörtert worden; zu praktischen Ergebnissen aber ist es nicht gekommen. Einen neuen Vorstoß, diese Frage ihrer Erledigung zuzuführen, hat jetzt Dr. Sella in den Schriften der „Ungarischen Vereinigung für geistliche Arbeiterbildung“ unternommen. Schon im Jahre 1900 betrug nach der Volkszählung die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 7 und 14 Jahren in Ungarn beinahe eine halbe Million. Ueber zwei Drittel davon stellte die Landwirtschaft; in den Rest teilten sich das Gewerbe und die häuslichen Dienste. Wie bei uns ist auch in Ungarn häufig die Beschäftigung in der Landarbeit als unbillig, ja sogar gesundheitsförderlich hingestellt worden. Dieser falschen Anschauung tritt Dr. Sella mit dem Hinweis auf die zu hohen Anforderungen an die kindliche Kraft und vor allem die zu lange Arbeitszeit entgegen. Diese beiden Mängel sind aber nicht allein in der Landwirtschaft zu beklagen. Auch für das Gewerbe und die Dienste treffen sie zu, insbesondere für das Handwerk. Ungenügend geregelte, gelegentlich 16-20stündige Arbeitsdauer im unio weiter verbreitet, als es hier meist um wirtschaftlich schwache Arbeitgeber handelt, und die Gewerbeinspektion für das Handwerk nicht zuständig ist. Die Lage der jugendlichen Dienstmädchen, zum Teil Mädchen von 10-12 Jahren, ist nicht viel besser. Sie befinden sich durdweg in minderbemittelten Familien, die nicht in der Lage sind, erwachsene Kräfte anzustellen, jenen Kindern aber die volle Arbeit zumuten.

Augenblicklich ertrifft sich der Schutz vor übermäßiger Ausnutzung der Kinder durch den Schulzwang nur bis zum vollendeten 12. Lebensjahre; Verstöße gegen die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule bis zum 17. Jahre werden nicht streng geahndet. Im allgemeinen soll vor dem vollendeten 12. Lebensjahre kein Arbeits- und Lehrverhältnis eingegangen werden; die Gewerbebehörden können jedoch schon für 12jährige die Genehmigung erteilen. Diese Befugnis, die tatsächlich auch die Beschäftigung vieler Kinder ohne Einhaltung besonderer Erlaubnis zur Folge hat, will Dr. Sella unbedingt beseitigt wissen. Seine weiteren Forderungen richten sich auf erhöhten Betriebschutz, strenges Verbot der Nachtarbeit der Kinder und Jugendlichen, und vor allem Beschränkung der täglichen Beschäftigung auf die geistlichen 8-10 Stunden.

Allzu radikal sind die Forderungen, die hier aufgestellt sind, wahrlich nicht. Es wäre wirklich nicht zuviel, wenn die ungarische Regierung, die sich sonst ihres Liberalismus rühmt, auf diesem Gebiete etwas schneller und energischer vorginge.

Ein neuer Kinderchutz-Gesetzesentwurf ist in Belgien vom Minister für Industrie und Arbeit ausgearbeitet worden. Er will die gewerbliche Kinderarbeit bis zum vollendeten 14. Lebensjahre verbieten. In dem ersten Jahre nach Erlaß des Gesetzes können jedoch, wie die „Soz. Praris“ mitteilt, Ausnahmen bewilligt und die Kinder schon von 13 Jahren an zugelassen werden. Die Ausnahmen werden durch königliche Verordnung nach Anhörung des Industrie- und Arbeitsrats und des Höheren Arbeitsrats für eine bestimmte Anzahl Tage oder Stunden täglich bewilligt, und zwar sowohl unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Volks- oder Fachschulunterrichts wie der Arbeit, der Beschäftigung und der Bedürfnisse von Industrie und Handwerk. Der Entwurf beschränkt sich nicht mehr auf die Fabrikarbeit, sondern umfaßt gewerbliche Beschäftigung jeder Art. Grundsicherweise erreicht er auch die Hausindustrie, da er die Mitgabe von Arbeit nach Hause an geschulte Kinder, deren Arbeitszeit im Betriebe erfüllt ist, untersagt. Ungewiß bleibt jedoch merkwürdigerweise die Kinderarbeit an der Landwirtschaft. Die Mindeststrafe bei Gesetzesverletzungen beträgt 50 Fr.; für Mifftfälle sind leider keine Strafverschärfungen vorgehien.

Vierjährige „Fabrikarbeiter“ im freien Amerika. Ueberräsende Enthüllungen über die Zustände in Konjervenfabriken im State New York wurden durch eine tapfere Frau gemacht. Miß Mary Chamberlain gehört der mütterlichen Untersuchungskommission über die Verhältnisse in industriellen Betrieben an. Um möglichst genaue und einwandfreie Informationen zu erhalten, arbeitete Miß Chamberlain in verschiedenen Konjervenfabriken und hatte auf diese Art Gelegenheit, Zeuge von skandalösen Zuständen zu werden, die in ihrer Tragheit jeder Fiktion überboten. In dem nunmehr zur Veröffentlichung gelangten Bericht der Vorkämpferin für Menschlichkeit wird u. a. mitgeteilt, daß Kinder im Alter von vier Jahren und aufwärts in den Konjervenfabriken von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends und manchmal bis Mitternacht Arbeiten verrichten, die die kleinen Hände kaum zu bewältigen vermögen. Viele dieser unglücklichen Kinder, kaum dem Säuglingsalter entwachsen, haben Risse und Wunden an Fingern und Händen. Mit Bandagen um die winzigen Finger gehen sie der Arbeit nach, die im Sortieren von Erbsen und Bohnen besteht. Da die Dauer ihrer nächtlichen Ruhe nicht hinreicht, schlafen viele dieser bedauernswerten Kleinen während der Arbeit ein. Viele dieser unglücklichen Kinder können nur 3 bis 4 Stunden schlafen. Um 3 Uhr morgens werden sie von ihrer Lagerstätte aufgeschauert, um um 4 Uhr mit der Arbeit in den Konjervenfabriken beginnen zu können.

Die bisherige Fabrikinspektion vermochte die unglücklichen Zustände nicht auf die Spur zu kommen. Sobald sich das Organ der staatlichen Aufsicht zeigte, wurden die zahlreichen Kinder von den Vorarbeitern verdeckt. Miß Chamberlain aber entdeckte eines Morgens eine Prozession von Mitternächtlern mit Kinderwagen und Kindern an der Hand, die alle den Konjervenfabriken ausstritten. Eingehende Nachforschungen bestätigten ihre Annahme, daß Kinder in großer Zahl und im jüngsten Alter lebend in den Fabriken Verwendung finden.

Trotz unermesslich langer Arbeitszeiten beträgt der Wochenlohn dieser Kinder im Höchstbetrage 6 Mark. In vielen Fällen konnte nachgewiesen werden, daß Frauen in den Fabriken während einer Woche 118 Stunden arbeiteten. Die Arbeitszeit von Frauen und Mädchen betrug im Durchschnitt 90 Stunden der Woche. Dem Gesetze zufolge darf die Arbeitszeit während einer Woche höchstens 60 Stunden betragen. Im Hause der Repräsentanten schlug der Abgeordnete Allen kürzlich eine Resolution vor, die eine Untersuchung und Inspektion der Konjervenfabriken durch den Kongress befürwortet. In der Resolution heißt es u. a., daß gegen gewisse Konjervenfabriken in den Vereinigten Staaten Anklagen erhoben wurden, denen zufolge Früchte und Gemüse, zu Nahrungsmitteln bestimmt, in schmutzstarrer Umgebung und von Arbeitern verpackt werden, die krank sind und in Verhältnissen leben, die Gesundheit und Reinlichkeit unmöglich machen; und daß Frauen und Kinder im jüngsten Alter unter solchen Verhältnissen eine unmäßig lange Arbeitszeit gegen unangemessene Bezahlung auf sich nehmen müssen.

Die Auskunftsstelle für alle Fragen der öffentlichen und der privaten Jugendfürsorge, die vor mehreren Jahren von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge begründet worden ist, wird in

